

//PRESSEINFORMATION//

35/2021

Saarbrücken, 06.07.2021

GEW fordert Mitbestimmung für Schulsozialarbeiter*innen CDU blockiert rechtliche Einbindung der Schulsozialarbeit ins Schulmitbestimmungsgesetz

Saarbrücken – Am 07.07.2021 findet die 2. Lesung zur Novellierung des saarländischen Schulmitbestimmungsgesetzes im Landtag statt. Die GEW Saarland kritisiert dabei die Blockadehaltung der CDU, die Schulsozialarbeit ins Schulmitbestimmungsgesetz aufzunehmen. Im Koalitionsvertrag von 2017 heißt es: „Bildung ist der Schlüssel zu einer selbstbestimmten Lebensführung und gesellschaftlicher Teilhabe. Darüber hinaus entwickelt Bildung Potentiale für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Diese Landesregierung möchte daher bestmögliche Bildungs- und Ausbildungsbedingungen bieten – und zwar unabhängig von sozialer Herkunft und Migrationshintergrund. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, muss unsere Bildungspolitik auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren. Fachkräfte aus den Bereichen Pädagogik, Sozialarbeit und Psychologie bilden ein Kollegium der Zukunft.... Für die Koalitionspartner bleibt es bei dem Ziel, die Rahmenbedingungen für die Bildung in unserem Land zu verbessern.“

Genau dieses Kollegium der Zukunft muss sich in der Einbindung in einen rechtlichen Rahmen gleichwertig wiederfinden. Denn Mitbestimmung ist die Teilhabe aller in einer Organisation vertretenen Gruppen am Willensbildungs- und Entscheidungsprozess.

Das bedeutet daher auch Mitbestimmung für alle Beteiligten an Schule, gerade im Hinblick auf die Vorbildfunktion für die Kinder und Jugendlichen. Es darf und kann keine Ausgrenzung von wenigen geben. Deshalb kann die GEW Saarland nicht verstehen, warum dieser wichtige erste Schritt von der CDU nach wie vor blockiert wird. „Demokratie braucht also MUT (Multiprofessionelle Teams)“, so Birgit Jenni, Landesvorsitzende der GEW, und fordert erneut, die Mitbestimmung für alle Beteiligten an Schule im saarländischen Schulmitbestimmungsgesetz rechtlich zu verankern.

Durch die Blockadehaltung der CDU bleibt ein wesentlicher Teil der Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag auf der Strecke, zumal sich der Koalitionspartner SPD und die Opposition, Die Linke, für die Aufnahme der Schulsozialarbeit ins Schulmitbestimmungsgesetz ausgesprochen, und ihren Appell mehr als deutlich an den Ausschussvorsitzenden Frank Wagner (CDU) gerichtet haben.

Des Weiteren spricht sich ein breites Bündnis für die Aufnahme der Schulsozialarbeit ins saarländische Mitbestimmungsgesetz aus: Deutscher Kinderschutzbund e.V., SaarDeGeDe (Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. Saarland, GEW LV Saarland, Landeselterninitiative für Bildung, Arbeitskammer des Saarlandes, saarländischer Städte- und Gemeindetag, saarländischer Landkreistag, u.v.m.

Heute ist die Schule nicht mehr nur ein Lernort, sondern ein Lebensort, den es zu gestalten gilt. Dazu gehören innerhalb der multiprofessionellen Teams u.a. auch die Schulsozialarbeiter*innen.

Diese Kolleginnen und Kollegen arbeiten in einem wichtigen Bereich für die Kinder und Jugendlichen und erwarten von den politisch Verantwortlichen, dass ihre Profession im Schulmitbestimmungsgesetz Berücksichtigung finden wird und damit die Anerkennung und Wertschätzung, die sie verdienen.

„Die fehlende Kompromissbereitschaft und fehlende überzeugende Argumente der CDU stellen keine Begründung für die ausbleibende Berücksichtigung der Schulsozialarbeit in der Novellierung des Schulmitbestimmungsgesetzes dar. Daher richten wir unseren Appel an Ministerpräsident Tobias Hans und den bildungspolitischen Sprecher der CDU, Frank Wagner, die rechtliche Einbindung der Schulsozialarbeit in das saarländische Schulmitbestimmungsgesetz gemäß dem Koalitionsvertrag von 2017 zu ermöglichen“, so Birgit Jenni abschließend. ■